

Hier spricht Olaf Thomas Opelt

Das Wort am Sonntag.

Hallo Leute,

auf Grund wieder mal einer Auflehnung gegen den Antisemitismus, möchte ich mich hier einschalten und ein paar Wörter dazu schreiben.

Ich hatte vor einiger Zeit erklärt, daß unsere Feinde, die Hochfinanz Zionisten, die Freimaurer, Plutokraten, Oligarchen oder wie man sie sonst noch nennen mag (eigentlich alles dasselbe) in den meisten Fällen keine Semiten sind, sondern anderer Abstammung und den jüdischen Glauben, der sich in der Hauptsache auf das alte Testament bezieht, nur angenommen haben, weil er ihnen zu der Zeit damals gerade gepaßt hat. Jetzt könnt ihr im WWN mal suchen. Ich jedenfalls habe die ganz unten anstehende [Nachricht aus dem Spiegel](#) am 08.12.2006 gezogen. Hier wird auch das klar, was ich vor einigen Tagen geschrieben habe. Auf einmal sind die Muslime mit den Nazis auf einer Stufe. Weil sie etwa gefährlich werden für unsere Feinde? Früher waren es noch die Indianer und die Neger, dann die Nazis, später die Russen, dann Taliban und Al Qaida und heute die Muslime. Vielleicht weil die Iraker, Iraner und aber auch die Türken nicht so wollen wie die werten Herren? Wenn die Kurden und Kasachen nicht mehr spuren, dann sie es auch noch. Ja wer denn nun alles noch, fragt sich der einfache Mensch. Alle die ihnen in ihre Machtpläne pfuschen und die anderen werden gehätschelt (Zuckerbrot und Peitsche). Und was ist mit den Deutschen. Die Deutschen sind gerade umerzogen (entnazifiziert) worden. Ihnen ist begreiflich gemacht worden, daß sie Mördergene im Blut haben, daß Bomber Harris ein Held ist und daß sie nicht zu Sklaven gemacht werden. Nein, wirklich nicht, das tun sie selbst!! Sie hören die Nachrichten, informieren sich in der Tagespresse und tun noch alles mögliche was ein normaler Mensch so macht. Und dann kommt Nolle, SPD Abgeordneter in Sachsen, und regt sich über einen Spruch auf, den der sächsische Generalstaatsanwalt nicht für strafbar hält (siehe gleich unten). Jetzt gibt es aber noch die Bundesbehörden in Form eines Bundesgerichtshofes!!! Die werden schon TUN!!! Ja was tun sie denn?? Der BGH bestätigt

die Auffassung des sächsischen
Generalstaatsanwaltes!? Ja was ist denn los in
Deutschland, in meinen Mutterland. Aber kann es
sein das dieser Feldzug im Nachhinein der
Auflösung der „SSS“ (schaut nach) und im
Vornherein der Einführung der BND gesteuerten
NPD in Sachsen kam. Warum sind denn
Führungsmitglieder der „SSS“
Führungsmitglieder der NPD. Hat man denn
diese etwa gebraucht um steuerbare Leute zu
haben. Und wenn man diese nicht mehr braucht,
wegen strafrechtlicher Bedeutsamkeit
abzuschießen, die man ja vorher schon gewusst
hat.

**Ja, das Deutsche Volk ist
ordnungsgemäß umerzogen
äh, entnazifiziert!**

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Thomas Opelt

Nolle, der Generalstaatsanwalt, und die Waffen-SS

7.11.2001 *Kommentar* von Christopher Ray

Opposition in Sachsen hat seit knapp zwei Jahren
einen Namen: Nolle!

Karl Nolle! Biedenkopfs dickstes Problem, wie die
Sachsen den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD
mittlerweile fast liebevoll nennen.

Der Mann hat Format, nicht nur optisch, Rückgrat und
ein breites Kreuz, wie unser Foto zeigt.

Während alles betreten schweigt, weil Sachsens
Generalstaatsanwalt Jörg Schwalm mal so ganz
nebenbei die Benutzung einer SS-Parole, „**Ruhm und
Ehre der Waffen-SS**“, straffrei stellt, hält Nolle
wieder einmal sein breites Kreuz in die Schussrichtung
der Biedenkopf-Partei.

Mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde will er den
Generalstaatsanwalt stoppen. Diskutieren genügt Nolle
nicht.

Nolle ist einer der handelt. Oft spontan aus dem Bauch heraus, aber nie unüberlegt.
Sobald er seine geliebte Demokratie bedroht sieht, soziale Gerechtigkeit mit den Füßen
getreten wird, macht Nolle Front. "**Schicki-Micki-Diplomatie lehne ich ab,**" sagt Nolle.
"Wer ein Auge zudrückt, wenn der Sumpf und die Selbstherrlichkeit sich breit machen, der
macht sich mitschuldig. Wer vom Volk gewählt ist, der ist es dem Volk auch schuldig diesen
Auftrag gewissenhaft wahr zu nehmen. Ich bin nicht mit dem Auftrag in den Landtag
geschickt worden der Lieblingsoppositionelle von Biedenkopf und Co. zu werden."
Wir kommen der Chronistenpflicht nach und veröffentlichen die Dienstaufsichtsbeschwerde im
vollen Wortlaut:

Karl Nolle

Mitglied des Sächsischen Landtages
Bernhard von Lindenau Platz 1
01067 Dresden

**Herrn Staatsminister
Manfred Kolbe
Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Hospitalstraße 7
01067 Dresden**

Dresden, den 7.11.2001

Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde **“Ruhm und Ehre der Waffen-SS”**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Kolbe,

gegen Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Schwalm erhebe ich Dienstaufsichtsbeschwerde.

Presseberichten habe ich entnommen, dass von den zuständigen Polizeibehörden die NPD-Demonstration in Leipzig am vergangenen Wochenende nicht aufgelöst wurde, weil die Parole der Demonstrationsteilnehmer “Ruhm und Ehre der Waffen-SS” in einer Vielzahl vorheriger Ermittlungsverfahren aufgrund einer Entscheidung des Generalstaatsanwalts nicht als strafbare Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB angesehen wurde. Wenn die Aufsicht des Staatsministeriums der Justiz über die Staatsanwaltschaften und den Generalstaatsanwalt zu mehr dienen soll als zur Information der Regierung (so habe ich Ihren Vorgänger Steffen Heitmann in seiner Aussage vor dem Landgericht Dresden am 1. November verstanden), dann sind hier Maßnahmen der Fachaufsicht, aber auch der Dienstaufsicht, ernsthaft zu prüfen.

Dabei bitte ich Sie um Beachtung folgender Fragen:

1. Hat sich der Generalstaatsanwalt in seiner Entscheidung auf wissenschaftliche Veröffentlichungen oder Rechtsprechung unabhängiger Gerichte stützen können, die genau diese Parole als nicht strafbar angesehen haben?
2. Hat sich der Generalstaatsanwalt vor seiner Entscheidung über die Rechtsauffassungen der Generalstaatsanwälte sämtlicher anderer Bundesländer informiert?
3. Haben die Generalstaatsanwälte der anderen Länder die Rechtsauffassung des Herrn Dr. Schwalm geteilt?
4. Hat der Generalstaatsanwalt vor oder nach seiner Entscheidung an das Staatsministerium der Justiz berichtet? Wenn nein, hätte ein Bericht erfolgen müssen?
5. Hat das Staatsministerium der Justiz der seinerzeitigen Entscheidung des Generalstaatsanwalts widersprochen, wenn ja, wann?
6. Hat das Staatsministerium der Justiz der seinerzeitigen Entscheidung zugestimmt?
7. Hat sich der Generalstaatsanwalt bei seiner Entscheidung, die Parole “Ruhm und Ehre der Waffen-SS” sei nicht strafbar, damit auseinandergesetzt, dass jedenfalls seit 1998 (Stand der im Internet abrufbaren Fassung) gemäß § 86a Abs. 2 S. 2 StGB auch die Verwendung solcher Parolen strafbar ist, die den Parolen verfassungswidriger Organisationen zum Verwechseln ähnlich sind?
8. Haben die zuständige Staatsanwälte der ermittelnden Staatsanwaltschaften vor der Entscheidung des Generalstaatsanwalts die Auffassung vertreten, die Verwendung der Parole sei strafbar?
9. Wurden die Akten über die Ermittlungsverfahren in Bezug auf die genannte Parole

dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden zur Auswertung zur Verfügung gestellt?
10. Hat das Bundeskriminalamt dem Generalstaatsanwalt daraufhin Ergebnisse seiner Auswertung übersandt?

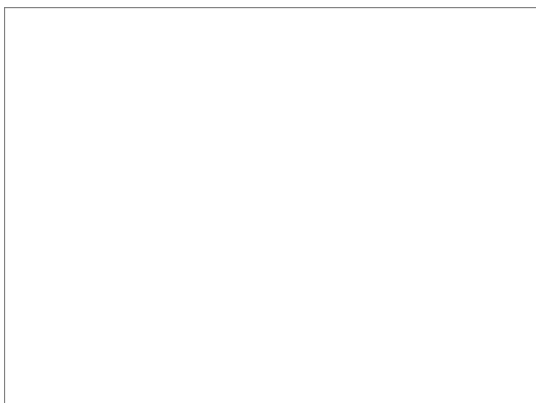
Mir sind noch Pressemeldungen in Erinnerung, nach welchen eine Staatsanwältin, die für die (richterlich gebilligte) Durchsuchung der Bild-Redaktion Dresden verantwortlich war, disziplinarrechtlich verfolgt wird. Die Berechtigung dieser Maßnahme will ich gar nicht in Zweifel ziehen; ich gehe davon aus, dass diese Angelegenheit zügig und korrekt behandelt werden wird. Es scheint mir aber unverzichtbar zu sein, dass Fehlleistungen des höchsten Beamten der Sächsischen Staatsanwaltschaften nach den selben Maßstäben beurteilt werden.

Ich bitte um Bescheidung dieser Beschwerde, wobei ich auf mein Auskunftsrecht gemäß Art. 51 SächsVerf hinweise. Dieses dürfte zwar nicht unmittelbar eingreifen, doch nehme ich an, dass die Bescheidung meiner Beschwerde im Lichte dieser Vorschrift zu erfolgen hat.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Karl Nolle, MdL

Urteil des Bundesgerichtshofs über Naziparole

Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" nicht strafbar



[Bildunterschrift: Bundesgerichtshof in Karlsruhe]

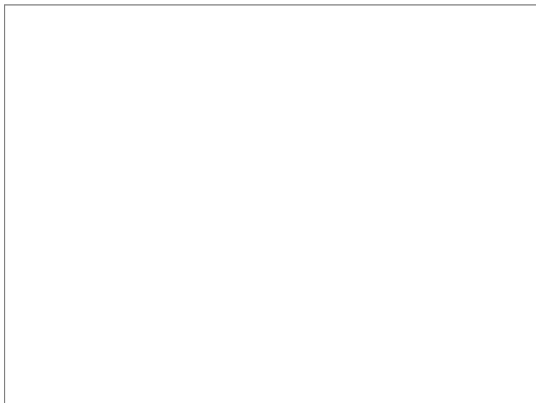
Die öffentliche Verwendung der Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" ist nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe nicht strafbar. Mit dem Urteil sprach der 3. Strafsenat des BGH drei angeklagte Rechtsradikale aus Karlsruhe frei. Das Landgericht Karlsruhe hatte die Mitglieder der "Kameradschaft Karlsruhe" im Oktober 2004 wegen der Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen zu einem halben Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung beziehungsweise Geldstrafen verurteilt.

Die drei Angeklagten hatten einen Text verfasst, der auf dem so genannten Nationalen Infotelefon Karlsruhe für jedermann und zu jederzeit abhörbar war. Dort wurde am Ende die Grußformel "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" verwendet. Bei dieser Grußformel handelt es sich um eine abgewandelte Wortschöpfung. Die Waffen-SS hatte die Formel "Unsere Ehre heißt Treue"; die Hitler-Jugend verwendete die Parole "Blut und Ehre".

Verwendung von "Ersatzkennzeichen" strafbar

Der BGH entschied jetzt, dass die Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" den nationalsozialistischen Grußformen nicht zum Verwechseln ähnlich sei. Die Verwendung von "Ersatzkennzeichen", die Symbolen oder Parolen aus der Nazizeit "zum Verwechseln ähnlich" sind, war 1994 durch eine Gesetzesverschärfung unter Strafe gestellt worden. Demnach können solche verwechslungsfähigen Parolen mit einer Geldstrafe und einer Höchststrafe von drei Jahren Haft geahndet werden.

Paul Spiegel entsetzt über Urteil



[Bildunterschrift: Paul Spiegel, Präsident des

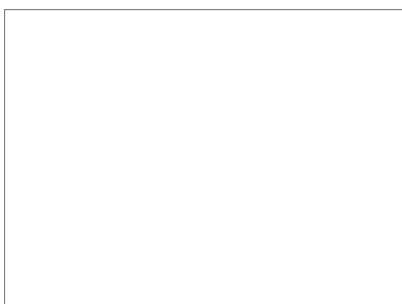
Zentralrates der Juden in Deutschland]

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hat sich entsetzt über das Urteil des Bundesgerichtshofs gezeigt. "Ich finde das Urteil unglaublich und kann auch die Begründung nicht nachvollziehen", so Spiegel. "Vor allem, wenn man sich vor Augen führt, dass die Waffen-SS Synonym war für Mord und Grausamkeit." Spiegel forderte eine Prüfung, ob es sich um eine Gesetzeslücke handelt. "Ich appelliere an die Politiker aller Parteien, zu überlegen, wie man mit diesem Problem umgeht."

Rot-Grün reagiert zurückhaltend

Politiker der Regierungskoalition äußerten sich zurückhaltend zu dem BGH-Urteil. Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte zu dem Urteilsspruch: "Mir gefällt das nicht, aber juristisch wird man das respektieren müssen." Der BGH habe die Meinungsfreiheit sehr hoch gehalten. Er sei sich aber sicher, dass die Richter einer Verharmlosung der Waffen-SS nicht hätten Vorschub leisten wollen, so Wiefelspütz weiter. Die Innenexpertin der Grünen, Silke Stokar, sieht das ähnlich: "Ich halte den sehr schwer zu vermittelnden Urteilsspruch dennoch für richtig." Es gehe hier um einen Gesinnungsbereich, der nicht regelbar sei. Deshalb sei es nicht sinnvoll, das Strafgesetzbuch zu verschärfen, sagte Stokar weiter.

Thierse reagiert mit "Befremden" auf das Urteil



[Bildunterschrift: Wolfgang Thierse]

Bundestagspräsident Thierse nahm das Urteil mit "Erstaunen und Befremden" zur Kenntnis. Durch den Richterspruch könne der Eindruck entstehen, dass "neonazistische Parolen und Propaganda nicht mehr strafbar" seien. Weiter nannte Thierse es beunruhigend, dass die Vorschrift des Paragraphen 130, Absatz 4 des Strafgesetzbuches, in dem die Verherrlichung der NS-Gewaltherrschaft unter Strafe gestellt ist, vom BGH nicht angesprochen wurde. Thierse dazu: "Was ist es anderes als Verherrlichung, wenn einer der schlimmsten Organisationen des NS-Terrors öffentlich 'Ruhm und Ehre' ausgesprochen werden kann."

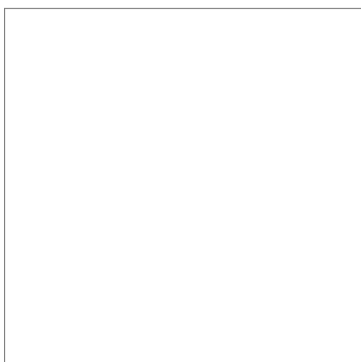
(Az: Bundesgerichtshof 3 StR 60/05)

Jüdische Schüler fliehen vor Nazis und aggressiven Muslimen

Von [Jan Friedmann](#) und [Björn Hengst](#)

Rechtsextreme Jugendliche und junge Muslime kultivieren einen Hass, der in Deutschland jahrzehntelang für undenkbar gehalten wurde: Sie machen Jagd auf jüdische Mitschüler. Politische Appelle verhallen an vielen Schulen ungehört. "Jude" wird zum Modeschimpfwort.

Berlin/Hamburg - Die Jüdische Oberschule in Berlin-Mitte gleicht einem Hochsicherheitstrakt: Wer den imposanten Altbau in der Großen Hamburger Straße betreten will, muss eine Sicherheitsschleuse passieren. Das Gelände ist von einem meterhohen Zaun umgeben, Kameras überwachen jede Bewegung, Polizisten stehen vor dem Gebäude Wache.



DPA

Ein Hausmeister einer Berliner Schule übermalt Hakenkreuze: Antisemitische Vorfälle häufen sich

"Wir sind kein Ghetto", stellt Schulleiterin Barbara Witting klar. "Wir bieten Kindern Schutz, die an anderen Schulen Diskriminierung fürchten müssen." Und solche Übergriffe hätten

in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen, beklagt die Direktorin. "Ich habe immer gedacht, dass Juden in Deutschland integriert seien. Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass sich Antisemitismus so virulent äußert wie zuletzt."

Zu Wittings Schülerinnen zählen seit dieser Woche auch zwei Mädchen, die bis vor kurzem die staatliche, nicht-konfessionelle Lina-Morgenstern-Oberschule in Berlin-Kreuzberg besuchten. Ihr Leiden hatte für Aufsehen gesorgt: Eine der beiden Freundinnen, 14 Jahre alt, war über Monate hinweg von arabischstämmigen Jugendlichen antisemitisch beschimpft, geschlagen und bespuckt worden. Ihr Schulweg wurde zum Spießrutenlauf, ihre Peiniger lauerten ihr auf und jagten sie durch die Straßen. Am Ende musste das Mädchen auf dem Schulweg sogar unter Polizeischutz gestellt werden.

Antisemitismus nimmt zu

Die Vorfälle in Kreuzberg sind besonders drastisch, doch keine Ausnahme: Der Berliner Senat listet in seiner Studie "Gewaltsignale an Berliner Schulen 2004/2005" unter dem Stichwort "(Rechts-)Extremismus" 62 gemeldete Vorfälle auf, ein starker Anstieg gegenüber dem Vorjahr, in dem nur 39 Fälle gemeldet wurden. Unter der Kategorie fasst der Senat "antisemitisch, rassistisch/fremdenfeindlich, rechtsextrem, volksverhetzend oder fundamentalistisch/islamistisch motivierte Äußerungen" von Kindern und Jugendlichen zusammen.

Ein Schüler einer Hauptschule im Bezirk Steglitz-Zehlendorf sagte im Unterricht: "Juden müssen alle vergast werden." In Friedrichshain-Kreuzberg sperrten Schüler einen Mitschüler mit den Worten "Jetzt drehen wir den Gashahn auf" in den Chemieraum ein. Ein ausländischer Grundschüler beleidigte in Treptow-Köpenick seine Lehrerin mit den Worten "Jude, Hexe, Seekuh". Als in Friedrichshain-Kreuzberg eine pädagogische Mitarbeiterin einen Streit zwischen Schülern schlichten wollte, bekam er entgegen geschleudert: "Verpiss dich, Jude."

Und die antisemitische Welle scheint sich zu verstärken: Im laufenden Jahr registrierten die Berliner Behörden bereits im November mehr antisemitische Vorfälle als im gesamten Vorjahr. Auch das EU-Beobachtungszentrum zu Rassismus und Gewalt kritisierte jüngst in einer Studie antisemitische, rassistische und rechtsextreme Vorfälle an deutschen Schulen.

Rechtsextreme kopieren Nazi-Parolen

[In Grimmen in Vorpommern machten in dieser Woche rechtsextreme Jugendliche gegen eine Anne-Frank-Ausstellung mobil](#) und verunglimpften das Tagebuch als Fälschung. In Parey in Sachsen-Anhalt zwangen im Oktober mehrere Jugendliche ihren 16-jährigen Mitschüler dazu, in der großen Pause mit einem Schild über den Schulhof zu gehen. Darauf geschrieben stand: "Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit Juden ein." Es ist ein Spruch aus der Nazizeit, mit ihm wurden damals Menschen angeprangert, die mit jüdischen Mitbürgern befreundet waren.

Eine Lehrerin griff ein, befreite den Jungen von dem Schild und alarmierte die Polizei. Derzeit laufen noch die Ermittlungen gegen die 14- bis 16-jährigen Jugendlichen wegen Volksverhetzung, Nötigung und Beleidigung, in einem Fall gibt es auch den Tatvorwurf der Körperverletzung.

Die Jüdische Gemeinde Berlin warnt bereits vor einer "neuen Dimension des Antisemitismus". Neben Anfeindungen von Rechtsextremen schlage jüdischen Kindern auch zunehmend Hass von muslimischen Jugendlichen entgegen. Die Gemeinde rät Eltern, ihre Kinder bei Konflikten lieber auf jüdische Schulen zu schicken - dort seien sie zumindest sicher.

Kippa wird aus Angst versteckt

Doch die Schutzzone endet außerhalb der Schulmauern: Eine Schulklasse der Jüdischen Oberschule wurde von einer anderen Berliner Schulklasse in der S-Bahn massiv antisemitisch beleidigt, religiöse jüdische Jugendliche verbergen ihre Kippa unter einer Mütze, wann immer sie auf die Straße gehen.

Die Vorfälle veranlassten den CDU-Politiker Peter Trapp, Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, eine Anfrage an den Senat zu stellen: Wie viele derartige Übergriffe unter Jugendlichen gab es jüngst, will Trapp wissen, wie viele davon können "dem rechtsextremen Lager zugeordnet" werden, wie viele Jugendlichen, "die nicht deutscher Herkunft sind". Auf seine Anfrage hat der Abgeordnete noch keine Antwort erhalten, die Beantwortungszeit ist nach Angaben der CDU-Fraktion außergewöhnlich lang.

Dabei bemühe sich die Politik durchaus, sagt Schulleiterin Witting, sie dringe mit ihren Projekten und Appellen nur häufig nicht durch. Viele arabische Jugendliche seien so verbohrt, dass man nicht mehr an sie herankomme, beklagt Witting. "Und die Lehrer lassen es zu, dass ihre Schüler Judenwitze erzählen."

"Jude" als Mode-Schimpfwort

"Das Wort 'Jude' wird von Schülern zunehmend abfällig benutzt, und auf der Hitliste der Schimpfwörter ist es weit nach oben geklettert", berichtet Peter Wagenknecht vom Projekt "Bildungsbausteine gegen Antisemitismus" in Kreuzberg. Wagenknecht und seine Mitstreiter klären, derzeit noch mit Bundesmitteln gefördert, in Workshops und Schulbesuchen Jugendliche über Antisemitismus auf.

Allerdings sei, wer Jude als Beleidigung benutze, nicht automatisch ein Antisemit, sondern handle vielfach gedankenlos. "Viele Schüler empfinden die besondere Brisanz des Schimpfwortes 'Jude' gar nicht mehr, es geht ihnen einfach um einen Tabubruch." In ähnlicher Weise gebrauchten Schüler auch das Wort "Opfer" als Schimpfwort, um jemanden als schwach zu stigmatisieren.

Als er Anfang der neunziger Jahre mit Jugendarbeit angefangen habe, sei Antisemitismus noch kein Problem gewesen, erzählt Wagenknecht. Heute speise er sich häufig aus zwei Quellen: Schüler aus arabischen oder türkischen Familien seien durch den Nahost-Konflikt politisiert, ihre "israelfeindliche Haltung" gehe bisweilen fließend in Antisemitismus über. Deutsche Jugendliche mit rechtsextremen Tendenzen seien dagegen ideologisch vorgeschult und brächten ein entsprechend verzerrtes Vorwissen über Juden und das Judentum mit.

Sorge bereitet Wagenknecht, dass sich aus Angst immer weniger jüdische Schüler vor ihren Klassenkameraden zu ihrem Hintergrund bekennen: "Sie wollen sich nicht outen, das ist dann in der Klasse häufig nicht bekannt, und die Lehrer erzählen es nicht weiter." Der Rat käme häufig von den eigenen Eltern, die ihren Kindern Konflikte und Anfeindungen ersparen wollen.

Schulleiterin Witting sagt: "Wir sind mittlerweile die einzige Schule in Berlin, an der sich jüdische Kinder zu ihrer Identität bekennen können. Anderswo müssen sie sich der Mehrheit anpassen."